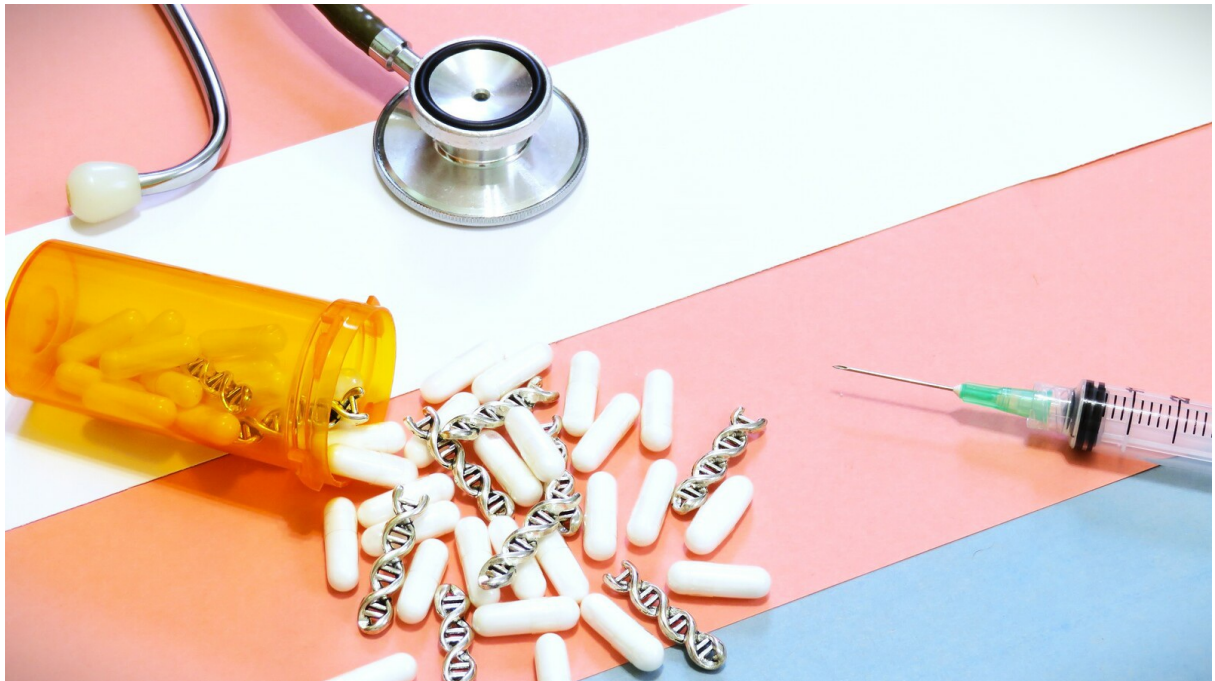




Mittwoch, 15. Oktober 2025, 13:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Beratungsresistenz in Dauerschleife

Mehrere europäische Länder haben die Vergabe von Pubertätsblockern an Kinder und Jugendliche stark eingeschränkt — in Deutschland ist davon keine Rede.

von Tom J. Wellbrock
Foto: Katy Pack/Shutterstock.com

Vor einigen Jahren noch waren Hormonblocker, die das Einsetzen der männlichen oder weiblichen Pubertät

verhindern, sollen und ihre Anwendung bei Transkindern relativ unumstritten. Aber wie so oft kamen mit den Jahren der Praxis Nebenwirkungen zum Vorschein, die ein anderes Licht auf die Sache werfen. Neue Erkenntnisse jedoch spielen in der deutschen Politik schon lange keine Rolle mehr. Man macht weiter mit dem, was man angefangen hat, auch wenn der Wissensstand längst ein anderer ist. Diese Verweigerung, die eigenen Fehler einzugestehen, kennen wir bereits von anderen Thematiken.

Vor einiger Zeit wurde über die Vergabe von Pubertätsblockern bei Kindern und Jugendlichen diskutiert. Auch die Frage, ob Kinder und Jugendliche sich mit dem Schicksal ihres Geschlechtes abfinden müssten, stand im Raum. Jetzt hat sich herausgestellt, dass Pubertätsblocker Nebenwirkungen haben. Für die Bundesregierung kein Grund, die Sache noch einmal zu überdenken. Das ist ein grundlegendes Problem deutscher Politik: Sie ist nicht bereit, Entscheidungen zu korrigieren.

Der Schutz von Kindern hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Inzwischen können Kinder und Jugendliche ihr Geschlecht wechseln, wenn sie der Meinung sind, sich nicht mehr als Jungen oder Mädchen zu „identifizieren“. Vor einer Weile wurde großflächig diskutiert, dass Jugendliche ihr Geschlecht wechseln können sollen, wenn sie sich im eigenen Körper nicht mehr wohlfühlen.

Mit zum Programm zum „Schutz“ des Kindes gehörten und gehören sogenannte Pubertätsblocker, die jungen Menschen ein Maximum an persönlicher Freiheit erlauben sollten. Ohne Zweifel ist die

Pubertät die wohl schwierigste Phase im Leben eines Menschen. Ebenfalls zweifellos kommt man als junger Mensch aber nicht um die Pubertät herum. Der Ansatz, hier einen anderen Weg zu finden, war bereits fatal. Doch die Vergabe von Medikamenten ohne Rücksicht auf mögliche kurz-, mittel- oder langfristige Nebenwirkungen muss man als Verbrechen bezeichnen.

Hinterher ist man immer schlauer?

Wir erinnern uns an einen Boxer, der lieber eine Boxerin sein wollte und an den Olympischen Spielen in Paris 2024 teilnahm. Damals war das Geschrei groß, und die Frage, ob Imane Khelif nun ein Mann oder eine Frau war, überschattete die gesamten Spiele. Und vor allem die beteiligten Boxerinnen waren sichtlich irritiert über die Debatten, war ihnen doch schnell klargeworden, dass sie hier nicht von einer Frau, sondern von jemandem mit äußerst männlichen Eigenschaften verdroschen wurden. All das ist Geschichte.

Imane Khelif darf künftig nicht mehr als Boxerin (<https://www.emma.de/artikel/imane-khelif-aktenzeichen-xy-geloest-341779>) antreten, die Würfel sind gefallen. Es gab also offenbar ein Einsehen, wenn auch ein spätes, nur den anderen Boxerinnen wird das wenig helfen – für die damals gegen Khelif kämpfenden Sportlerinnen ist der Traum der Olympischen Spiele ausgeträumt. Trotzdem war die Klärung wichtig. Khelif hat XY-Chromosomen und ist damit ein Mann. So einfach kann es sein.

Deutlich komplexer ist das Thema der „Trans-Kinder“. Dieses und damit verbunden die Vergabe von Pubertätsblockern wurde und wird in ganz Westeuropa diskutiert. Die Vergabe eines solchen Medikaments erfolgte mehr oder weniger aus einer „woken Laune“ heraus, denn die fleißig verschriebenen Präparate waren auf ihre

mittel- und langfristigen Wirkungen nicht überprüft worden. Wie auch? Die Pubertätsblocker waren neu, kaum erforscht und somit eine „Black Box“. Sie überschwemmten den Markt quasi von jetzt auf gleich. Wirksamkeitsstudien gab es naturgemäß also zunächst einmal nicht, doch diverse Kassen der Pharmaindustrie klingelten, Sektkorken knallten.

Heute ist man weiter. Europaweit werden in immer mehr Ländern die Pubertätsblocker wieder vom Markt genommen. Denn inzwischen ist klar, dass der Wunsch eines „Pubertiers“ nach einem Geschlechtswechsel zwar bestimmten politischen Ideologien entspricht, aber ganz sicher nicht dem Wohl des Kindes. In den letzten Jahren wurden Tausende Kinder sterilisiert; doch statt eines unbeschwerten Lebens wartete auf die meisten von ihnen ein Leidensweg, der gerade erst begonnen hat und dessen Ausgang ungewiss ist. Schon jetzt aber steht fest, dass die Vergabe von Pubertätsblockern sowohl medizinisch als auch psychologisch verheerende Auswirkungen hat.

In Großbritannien traute sich Hillary Cass, die renommierte und geadelte Präsidentin des Royal College für Pädiatrie und Kindergesundheit, die weltweit **größte Studie zu Gendermedizin** (<https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20250310143933/https://cass.independent-review.uk/home/publications/final-report/>) zu publizieren. Die Trans-Lobby reagierte überhaupt nicht amüsiert. Cass fuhr nach der Veröffentlichung der Studie nicht mehr Bus und Bahn; die Polizei riet ihr davon ab, weil sie Angriffe auf Cass befürchtete.

Vorher resistent, nachher resistent

Wie auch immer – inzwischen haben die meisten westeuropäischen Länder sowohl die Einnahme von Pubertätsblockern als auch die

Entfernung von Brüsten, Penissen oder Gebärmüttern verboten.

Die wissenschaftliche Lage ist mittlerweile einfach zu eindeutig, die Gefahr von schädlichen Wirkungen so hoch, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund steht.

Deutschland, Österreich und die Schweiz haben, so scheint es, „den Schuss aber nicht gehört“. In diesen Ländern ist kein Umdenken festzustellen, die gefährliche Praxis mit fragwürdigen Medikamenten oder gar das Entfernen von geschlechtsspezifischen Körperteilen oder Organen wird dort weiterhin praktiziert.

Speziell in Deutschland ist diese Beratungsresistenz heute so ausgeprägt wie nie. Und immer muss man eines mitdenken: Hinter der Vergabe von Pubertätsblockern steht eine große und mächtige Lobby, die viel Geld mit den Identitätsproblemen von Kindern und Jugendlichen verdient – und die daran auch nichts ändern will. Doch es gibt noch weitaus mehr starke Lobbys.

Gesetze – ins Stammbuch geschrieben

Sie werden gewählt, um dem Wohle des Volkes zu dienen, und sie schwören Stein und Bein, dass sie genau das auch tun werden. Sie sollen Schaden vom Volke abwenden, und auch das versprechen sie hoch und heilig. Deutsche Politiker sind Rhetoriker vor dem Herrn, doch die Bevölkerung merkt davon schon seit Jahren, seit Jahrzehnten, nichts.

Im Oktober des Jahres 2013 war bei „Heise

(https://www.heise.de/news/Vorwurf-Autolobby-diktierte-Schwarz-Gelbe-Gesetzgebung-2034974.html?utm_source=chatgpt.com)“ zu lesen:

„Umweltschützer haben der schwarz-gelben Regierung massive Lobby-Absprachen mit der Autoindustrie vorgeworfen. Die 2011 eingeführte EU-Verbrauchskennzeichnung für Autos sei maßgeblich von der Industrie diktiert worden, behauptete die Deutsche Umwelthilfe.“

Man erinnert sich wieder. Ja, da war etwas, und wenn man weiterliest, fällt es einem wieder ein:

„Umweltschützer haben der amtierenden schwarz-gelben Regierung massive Lobby-Absprachen mit der Autoindustrie vorgeworfen. Die 2011 eingeführte EU-Verbrauchskennzeichnung für Autos sei maßgeblich von der Industrie diktiert worden, behauptete die Deutsche Umwelthilfe am Montag. Sie berief sich auf interne Unterlagen des Wirtschaftsministeriums. Die Regierung wies die Kritik zurück. Seit langem gibt es Vorwürfe, Union und FDP hätten in den zurückliegenden vier Regierungsjahren schärfere europäische Klimaschutzvorgaben für deutsche Autobauer verhindert. Kürzlich waren Großspenden aus der Auto- und Metallindustrie an CDU, CSU und FDP bekannt geworden.“

Den ganzen Vorgang hier wieder auszupacken, würde zu weit führen, aber ein Satz in dem Text steht stellvertretend für das Handeln der jeweiligen deutschen Bundesregierung:

„Die Regierung wies die Kritik zurück.“

Natürlich tat sie das! Das tut sie immer. Und nun sei der Bogen geschlagen vom Schreiben von Gesetzen durch die Automobilindustrie hin zu den anfangs genannten Pubertätsblockern. Man fülle diese Themenbereiche auf mit Stichworten wie „Corona“, „Impfstoffe“, „Ukraine-Krieg“, „Gaza-Konflikt“, „Rüstungsindustrie“, „Klimawandel“, „Erneuerbare Energien“, „Pharma-Lobby“ – und schon lichtet sich der Nebel.

Wir sprechen hier von nichts anderem als von Korruption; aber einer Korruption, die so gut versteckt und rhetorisch übertönt wird, dass am Ende das wohlige Gefühl verantwortungsvoller Politik übrigbleibt.

Auf unser aller Kosten

Im Grunde wissen wir es alle, und genau das macht die Sache so tragisch. Man schaue sich nur einmal Ursula von der Leyen an, deren Betrugereien sowohl als deutsche Ministerin als auch als Chefin der EU-Kommission geflissentlich ignoriert werden. Ursula von der Leyen mag ein extremes Beispiel sein, aber das Prinzip hat sich sowohl in Berlin als auch in Brüssel längst durchgesetzt. Man hockt zusammen, steckt die Köpfe zusammen, bespricht „die Story“, die man nach außen trägt, und macht einfach weiter wie bisher.

Kommt Ihnen das bekannt vor? Wenn ja, denken Sie vermutlich an Jean-Claude Juncker, der gesagt haben soll:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Ob Juncker das wirklich so gesagt hat, ist nicht ganz klar, im Netz gibt es widersprüchliche Informationen dazu. Angeblich soll er es nicht ernst gemeint haben, eher mit kritischer Konnotation, aber das ist nicht der Punkt. Das Zitat – ob es nun so korrekt ist und zugeordnet wurde oder nicht – macht das ganze Drama überdeutlich. Zwischen der Politik und den Menschen gibt es eine immer größer werdende Distanz, die auf Gegenseitigkeit beruht. Das ist insbesondere aus Sicht der Bürger naheliegend, denn wer

sich von der Politik nicht mehr vertreten fühlt, geht auf Distanz, entfernt sich emotional und verliert letztlich das Vertrauen.

Bis es wehtut

Zum Schluss sei darauf aufmerksam gemacht, dass die Sache ernst ist, sehr ernst. Dass Bürger Politikern nicht vertrauen, ist nicht neu; mit diesem Problem hatten auch Politiker vergangener Generationen zu kämpfen. Es geht auch gar nicht anders, denn selbst der beste Politiker denkt nicht nur daran, was er als gewählter Volksvertreter alles leisten muss, er hat immer auch seine eigenen Interessen im Kopf. Das ist ein menschlicher Wesenszug, mit dem man leben muss und auch ganz gut leben kann, solange der betreffende Politiker es nicht auf die Spitze treibt. Es gab also früher – ohne alte Zeiten verklären zu wollen – Grenzen des Egoismus, die meistens nicht überschritten wurden. Davon kann heute keine Rede mehr sein.

Der Unterschied zwischen vergangenen und heutigen Zeiten wird deutlich, wenn man sich einmal ansieht, wie viele Politiker in den letzten 10 bis 20 Jahren zurückgetreten sind. Zwischen 2011 und 2014 gab es noch ein paar, etwa Karl-Theodor zu Guttenberg (2011, Bundesminister der Verteidigung), Christian Wulff (2012, Bundespräsident), Annette Schavan (2013, Bundesministerin für Bildung und Forschung) oder auch Sebastian Edathy (2014, Bundestagsabgeordneter).

Es folgt mit reichlich zeitlichem Abstand Christine Lambrecht (2023, Verteidigungsministerin).

Die Gründe der Rücktritte waren vielfältig, aber bei keinem stand der Vorwurf im Raum, dem Politiker-Eid nicht entsprochen zu haben. Es ging um „Plagiate und andere Kleinigkeiten“, was zwar unangenehm ist, aber

im Großen und Ganzen auf den einzelnen Bürger wenig bis gar keine Auswirkung hatte.

Heute ist das gänzlich anders. Zum einen sind die Konsequenzen von politischem Fehlverhalten oder Korruption durch Politiker für die Bürger viel gravierender. Zum anderen sitzen gleichzeitig die Bundespolitiker fester im Sattel denn je. Diese empfundene Sicherheit und Unangreifbarkeit lassen die Hemmschwelle sinken, sich zu bereichern, die Skrupellosigkeit und Selbstgefälligkeit in Berlin ist regelrecht mit den Händen zu greifen.

Und so bleibt alles beim Alten. Bei den Pubertätsblockern, die für Kinder und Jugendliche verheerende Auswirkungen haben können, die heute noch nicht einmal bekannt sind. Und beim Frieden, der im Moment mit einer Selbstverständlichkeit gefährdet wird, dass einem angst und bange wird. Wir können auch über den Wohlstand oder die Wirtschaft sprechen, über die nach wie vor und weiterhin ausbleibende Aufarbeitung der Coronamaßnahmenpolitik, und letztlich über die Spaltung der Gesellschaft. Auch sie wird durch beratungsresistente Politiker, die einer Agenda folgen, die ihnen sozusagen „aufgeschrieben“ wurde, bewusst und skrupellos herbeigeredet und fortgesetzt.

Normalerweise wäre es an der Zeit, dass mal wieder ein paar Politiker zurücktreten. Vermutlich müssten bei Lichte betrachtet die meisten derer, die heute politische Verantwortung tragen, wegen Verantwortungslosigkeit vom Hof gejagt werden.

Aber wer kann, darf und will dafür sorgen, dass das auch passiert? Ein Teil des pubertierenden Nachwuchses, der es vielleicht einmal besser machen könnte, wird gerade in den Wahnsinn „geblockt“ und fällt aus. Bleibt die Hoffnung, dass sich jemand anderes findet.



Tom J. Wellbrock ist Autor, Sprecher und Blogger. Er war Mitherausgeber der neulandrebell
[\(https://www.neulandrebell.de/\)](https://www.neulandrebell.de/) und vertont zahlreiche Beiträge der **NachDenkSeiten**. Als Herausgeber seines Podcasts „wohlstandsneurotiker“ hat Wellbrock bereits mit vielen interessanten Persönlichkeiten gesprochen.